

## BFH - Anhängige Verfahren

### ■ **AO § 129:**

*Offenbare Unrichtigkeit, Elektronische Übermittlung, Lohnsteuerbescheinigung, Bundesgebiet, Steuererklärung*

**Bundesfinanzhof Az: VI R 38/16**

Ist es eine ähnliche offenbare Unrichtigkeit i. S. des § 129 AO, wenn der Steuerpflichtige in seiner Einkommensteuererklärung in Papierform seinen aus zwei Arbeitsverhältnissen bezogenen Arbeitslohn in zutreffender Höhe eingetragen hat, das FA bei der elektronischen Erfassung der Steuererklärung anhand der programmgesteuerten landesweiten Suche nach elektronischen Lohnsteuerbescheinigungen nur den Arbeitslohn aus einem Arbeitsverhältnis berücksichtigt hat, nicht aber den bundesweit übermittelten Arbeitslohn aus dem weiteren Arbeitsverhältnis?

### ■ **AO § 129:**

*Offenbare Unrichtigkeit, Elektronische Übermittlung, Lohnsteuerbescheinigung, Falsche Angaben, Steuererklärung*

**Bundesfinanzhof Az: VI R 41/16**

Ist es eine ähnliche offenbare Unrichtigkeit i. S. des § 129 AO, wenn der Steuerpflichtige in seiner Einkommensteuererklärung in Papierform seinen aus zwei Arbeitsverhältnissen bezogenen Arbeitslohn in zutreffender Höhe eingetragen hat, das FA bei der elektronischen Erfassung der Steuererklärung anhand der programmgesteuerten Suche nach elektronischen Lohnsteuerbescheinigungen nur den Arbeitslohn aus einem Arbeitsverhältnis berücksichtigt hat, nicht aber den zu diesem Zeitpunkt vom Arbeitgeber in unzutreffender Höhe (Nullmeldung) übermittelten Arbeitslohn aus dem weiteren Arbeitsverhältnis?

### ■ **AO § 172 Abs 1 S 1 Nr 2a:**

*Einspruchsentscheidung, Schlichte Änderung, Klagefrist*

**Bundesfinanzhof Az: IX R 2/17**

Ob bzw. inwieweit eröffnet ein sogenannter "Antrag auf schlichte Änderung" nach dem Ergehen einer Einspruchsentscheidung, aber noch vor Ablauf der Klagefrist, eine erneute Überprüfung der im Einspruchsverfahren ausgetauschten Streitpunkte?

### ■ **AO § 200 Abs 1:**

*Außenprüfung, Mitwirkungspflicht, Steuerschuldner, Änderung*

**Bundesfinanzhof Az: XI R 22/16**

Anforderung streitiger Unterlagen im Rahmen einer Außenprüfung durch die Finanzbehörde: Handelt es sich um eine angemessene und zumutbare Verpflichtung des Steuerpflichtigen, wenn er nach gestelltem Änderungsantrag in Bezug auf die Steuerschuldnerschaft als Leistungsempfänger bei Bauleistungen gemäß § 13b Abs. 5 Satz 2 i.V.m. Abs. 2 Nr. 4 UStG im Rahmen einer Außenprüfung im Hinblick auf das BMF-Schreiben vom 31. Juli 2014 (BStBl I 2014, 1073) aufgefordert wird, umfangreichere Aufstellungen und Listen (über die "normalen" Unterlagen hinaus) zu erstellen?

■ **AO § 254:**

*Amtshilfe, Vollstreckung, Zahlungsaufforderung, Leistungsgebot*

**Bundesfinanzhof Az: VII R 30/15**

Beitreibung von Steuern und Nebenleistungen aufgrund eines Amtshilfeersuchens einer ausländischen Behörde

(Zahlungsaufforderung des deutschen Finanzamts)

Sind Zahlungsaufforderungen als Leistungsgebote Verwaltungsakte i.S. des § 118 Satz 1 AO?

Ist die Unterlassungsklage (keine Vollstreckung) und vorbeugende Feststellungsklage im Verfahren über die Zahlungsaufforderung zulässig?

Kann nach der Neuregelung der Amtshilfe (ab 1.1.2012) durch das EUBetrG ein Verstoß gegen den *ordre public* vom Vollstreckungsstaat noch geprüft werden?

Verstößt die Inanspruchnahme als Haftender im Streitfall gegen wesentliche Gerechtigkeitsvorstellungen der deutschen Rechtsordnung?

■ **AO § 39 Abs 2 Nr 1:**

*Leasing, Absetzung für Abnutzung, Wirtschaftliches Eigentum, Zurechnung*

**Bundesfinanzhof Az: IV R 55/16**

Wirtschaftliches Eigentum bei Sale-and-lease-back-Gestaltungen: Führt ein dem Leasinggeber zum Ende der Grundmietzeit zustehendes Andienungsrecht dazu, dass der Leasinggegenstand dem Leasingnehmer als wirtschaftlichem Eigentümer zuzurechnen ist?

■ **AO § 39 Abs 2 Nr 1:**

*Leasing, Absetzung für Abnutzung, Wirtschaftliches Eigentum, Zurechnung*

**Bundesfinanzhof Az: IV R 56/16**

Wirtschaftliches Eigentum bei Sale-and-lease-back-Gestaltungen: Führt ein dem Leasinggeber zum Ende der Grundmietzeit zustehendes Andienungsrecht dazu, dass der Leasinggegenstand dem Leasingnehmer als wirtschaftlichem Eigentümer zuzurechnen ist?

ist?

■ **AO § 69:**

*Haftung, Lohnsteuer, Insolvenz*

[Bundesfinanzhof Az: VII R 25/16](#)

Haftung für gegenüber dem Steuerschuldner rechtskräftig festgesetzte Lohnsteuer. Hätte der Geschäftsführer der GmbH, für die ein vorläufiger Insolvenzverwalter mit Zustimmungsvorbehalt bestellt worden ist, die Zustimmung des vorläufigen Insolvenzverwalters zum Einspruch gegen den Steuerbescheid einholen müssen? Haftet der Geschäftsführer nicht, weil er im Insolvenzverfahren der Lohnsteuerforderung widersprochen hat?

■ **AO § 73:**

*Körperschaftsteuer, Haftungsanspruch, Organgesellschaft, Rückstellung, Gewinnerhöhung, Verdeckte Gewinnausschüttung*

[Bundesfinanzhof Az: I R 78/16](#)

Dürfen Haftungsschulden i.S. des § 73 AO den steuerlichen Gewinn der Organgesellschaft mindern?

■ **BewG § 51a:**

*Bewertung, Land- und Forstwirtschaft, Fortschreibung, Personenidentität, Tierhaltung*

[Bundesfinanzhof Az: II R 43/16](#)

Bewertung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens - Tierhaltungsgemeinschaft i.S.d. § 51a BewG: 1. Liegt eine Tierhaltungsgemeinschaft in Form einer KG vor, wenn die beteiligten Landwirte zugleich Gesellschafter einer personenidentischen GbR sind, der sie ihren Grund und Boden zur land- und forstwirtschaftlichen Nutzung überlassen haben und die nicht an der KG beteiligte GbR mit Zustimmung der Gesellschafter ausreichend Vieheinheiten auf die KG überträgt?

2. Kann ein Betrieb allein eine Tierhaltungsgemeinschaft nach § 51a BewG bilden?

■ **EStG § 1 Abs 1 S 1:**

*Unbeschränkte Steuerpflicht, NATO-Truppenstatut, Fachkraft*

[Bundesfinanzhof Az: I R 84/16](#)

Darf das Gericht den Status "technische Fachkraft" im Rahmen des Art. 73 Satz 1 NATOTrStatZAbk eigenständig prüfen?

- **ESTG § 10 Abs 1a S 1 Nr 2 Buchst c:**  
*Versorgungsleistung, Vermögensübertragung, Geschäftsführer, Aufgabe, GmbH-Anteil*  
[Bundesfinanzhof Az: X R 35/16](#)  
 Erfordert die Vorschrift des § 10 Abs. 1a Satz 1 Nr. 2 Buchst. c EStG, dass der Übergeber des Anteils an einer GmbH seine Geschäftsführertätigkeit nach der Vermögensübertragung insgesamt aufgeben muss?  
 Kann die Begünstigung auch davon abhängen, ob der Übergeber im Falle einer Aufgabe seiner Organstellung diese später wieder aufnehmen kann, ohne dass die Begünstigung des Sonderausgabenabzugs ex nunc wegfällt?  
 Welche Rechtsfolgen lösen eine spätere Aufgabe der Organstellung des Übergebers aus?
  
- **ESTG § 11 Abs 2 S 2:**  
*Zufluss, Fälligkeit, Regelmäßig wiederkehrende Ausgabe, Umsatzsteuervorauszahlung, Frist*  
[Bundesfinanzhof Az: X R 44/16](#)  
 Ist § 11 Abs. 2 Satz 2 EStG so auszulegen, dass § 108 Abs. 3 AO für die Umsatzsteuervorauszahlung keine Bedeutung hat, sofern das Ende der Frist des § 18 Abs. 1 Satz 4 UStG auf einen Samstag oder Sonntag fällt?
  
- **ESTG § 15 Abs 1 S 1 Nr 1:**  
*Gewerbebetrieb, Spielgewinn, Preisgeld, Glücksspiel, Spielbank, Liebhaberei*  
[Bundesfinanzhof Az: X R 34/16](#)  
 Sind Spielgewinne bzw. Preisgelder aus der Teilnahme an Pokerturnieren sowie aus der Teilnahme an sog. "Cash Games" (u.a. "Black Jack") in Spielbanken als einkommensteuerbare Einkünfte aus Gewerbebetrieb oder als nicht steuerpflichtige Glücksspielgewinne zu qualifizieren?
  
- **ESTG § 20 Abs 1 Nr 1 S 2:**  
*Verdeckte Gewinnausschüttung, Mittelbarkeit, Nahestehende Person*  
[Bundesfinanzhof Az: VIII R 33/16](#)  
 Liegt eine mittelbare verdeckte Gewinnausschüttung bei einem GmbH-Geschäftsführer im Hinblick auf ein schuldrechtliches oder rein tatsächliches Nahestehen vor, wenn dieser im Namen der GmbH einem Dritten einen Betrag auszahlt, um den Verkauf der Anteile des GmbH-Mehrheitsgesellschafters zu fördern und um damit eigene Vermögensvorteile zu erlangen?

■ **ESTG § 3 Nr 58:**

*Steuerfreiheit, Zinsverbilligung, Arbeitgeberdarlehen*

**Bundesfinanzhof Az: VI R 37/16**

Sind Zinsvergünstigungen aus einem von einer Handwerkskammer --öffentlicher Haushalt i.S. des § 3 Nr. 58 EStG?-- gewährten Arbeitgeberwohnbaudarlehen gemäß § 3 Nr. 58 EStG steuerfrei?

■ **ESTG § 34 Abs 2 Nr 4:**

*Betriebliche Altersversorgung, Mehrjährige Tätigkeit, Entschädigung, Leistung, Außerordentliche Einkünfte, Zusammenballung*

**Bundesfinanzhof Az: X R 36/16**

Unterliegt die von der Klägerin erhaltene Kapitalleistung aus der betrieblichen Altersversorgung wie Kapitalleistungen aus der Basisversorgung der Tarifiermäßigung des § 34 Abs. 2 Nr. 4 EStG, wenn es wegen des bei Verträgen dieser Art üblichen Wahlrechts zwischen einer lebenslangen Rente, einer einmaligen Kapitalauszahlung oder einer Kombination aus beidem an der für die Annahme außerordentlicher Einkünfte erforderlichen weiteren Voraussetzung fehlt, dass die Zusammenballung der Einkünfte nicht dem typischen Ablauf der jeweiligen Einkünfteerzielung entspricht?

Gilt wegen des wirtschaftlichen Zusammenhangs der Kapitalleistung mit der Tätigkeit nach § 19 EStG die vom FG geforderte Atypizität nicht?

Handelt es sich bei der Kapitalleistung zudem um eine Entschädigung für eine mehrjährige Tätigkeit i.S. des § 24 Nr. 1 Buchstabe a EStG, welche gemäß § 34 Abs. 2 Nr. 2 EStG tarifbegünstigt ist?

■ **ESTG § 4 Abs 4:**

*Abfluss, Regelmäßig wiederkehrende Ausgabe, Umsatzsteuervorauszahlung, Offenbare Unrichtigkeit, Widerstreitende Steuerfestsetzung*

**Bundesfinanzhof Az: X R 45/16**

Kann ein vorbehaltloser Einkommensteuerbescheid verfahrensrechtlich (§ 129 AO bzw. § 174 Abs. 3 AO) noch geändert werden, wenn eine Umsatzsteuervorauszahlung für einen Voranmeldungszeitraum mit wirtschaftlicher Zugehörigkeit zum Veranlagungszeitraum des betreffenden Einkommensteuerbescheides innerhalb von kurzer Zeit i.S. des § 11 Abs. 2 EStG nach Ablauf des Kalenderjahres entrichtet wird?

Führt die Bearbeitung eines sog. Risiko-Hinweises in der Prüfberechnung zu einer für eine Korrektur nach § 174 Abs. 3 AO erforderlichen (erkennbaren) Annahme?

■ **ESTG § 4 Abs 4:**

*Doppelte Haushaltsführung, Ehe und Familie, Verfassung*

**Bundesfinanzhof Az: VIII R 29/16**

Verstößt die Versagung der steuerlichen Anerkennung einer doppelten Haushaltsfüh-

rung in den Fällen, in denen beiderseits berufstätige Eheleute mit ihren Kindern am Beschäftigungsort aus beruflichen Gründen eine familiengerechte Wohnung unterhalten, gegen Art. 3 Abs. 1, Art. 6 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 sowie Art. 12 Abs. 1 GG?

■ **ESTG § 49 Abs 1 Nr 2 Buchst f S 2:**

*Körperschaftsteuer, Beschränkte Steuerpflicht, Ausländische Kapitalgesellschaft, Buchführungspflicht, Unternehmer, Betrieb*

**Bundesfinanzhof Az: I R 81/16**

Buchführungspflicht einer in Deutschland beschränkt steuerpflichtigen Aktiengesellschaft liechtensteinischen Rechts nach § 141 Abs. 1 Satz 1 AO - Fiktion der Gewerblichkeit der Einkünfte nach § 49 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. f Satz 2 EStG:1. Wie sind hinsichtlich der Fiktion des § 49 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. f Satz 2 EStG die Tatbestandsmerkmale "gewerblicher Unternehmer" und "einzelner Betrieb" auszulegen?

2. Ob und unter welchen Voraussetzungen begründet eine Verpflichtung zur Buchführung und Aufstellung von Abschlüssen nach ausländischem Recht die Subsidiarität der Pflichten nach § 141 Abs. 1 Satz 1 AO?

■ **ESTG § 5a Abs 4 S 3 Nr 1:**

*Tonnagebesteuerung, Schiff, Wechsel der Gewinnermittlungsart, Unterschiedsbetrag, Ausland*

**Bundesfinanzhof Az: IV R 40/16**

Rückwechsel einer Ein-Schiffs-Personengesellschaft von der Tonnagebesteuerung zum Bestandsvergleich im Jahr der Veräußerung des Schiffs: Ist der Gewinn aus der Hinzurechnung des Unterschiedsbetrags nach § 9 Nr. 3 oder jedenfalls nach § 2 Abs. 1 GewStG um 80 % zu kürzen?

■ **ESTG § 5a Abs 6:**

*Tonnagebesteuerung, Schiff, Teilwert, Absetzung für Abnutzung, Bemessungsgrundlage, Wechsel der Gewinnermittlungsart, Unterschiedsbetrag, Ausland*

**Bundesfinanzhof Az: IV R 41/16**

Rückwechsel von der Tonnagebesteuerung zum Bestandsvergleich: Bemisst sich die weitere AfA bis zum Ende der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer des Schiffs nach dem gemäß § 5a Abs. 6 EStG auf den Schluss des Wirtschaftsjahrs der letztmaligen Anwendung der Tonnagebesteuerung anzusetzenden Teilwert, oder sind die Anschaffungskosten des Schiffs weiter fortzuführen? Ist der Gewinn aus der Hinzurechnung des Unterschiedsbetrags nach § 9 Nr. 3 oder jedenfalls nach § 2 Abs. 1 GewStG um 80 % zu kürzen?

■ **ESTG § 6 Abs 1 Nr 1 S 3:**

*Forderung, Bewertung, Teilwertabschreibung, Umwandlung, Stille Beteiligung, Partiarisches Darlehen*

**Bundesfinanzhof Az: IV R 54/16**

Wurde ein von der Klägerin hingegebenes Darlehen nicht wie vertraglich formuliert in eine stille Beteiligung umgewandelt, sondern nach den Gesamtumständen des Falles (insbesondere Fehlen einer gemeinsamen Zweckverfolgung) in Richtung eines partiari-schen Darlehens modifiziert? Welcher Wert war dem Darlehen im Zeitpunkt der Um-wandlung beizumessen?

■ **ESTG § 6 Abs 1 Nr 4 S 2:**

*1 %-Regelung, Schätzung*

**Bundesfinanzhof Az: III R 20/16**

Bemessungsgrundlage für die 1%-Regelung bei Nutzung eines ausländischen Kraftfahr-zeugs, für welches kein inländischer Bruttolistenpreis existiert?

■ **ESTG § 9 Abs 4:**

*Erste Tätigkeitsstätte, Flugzeugführer, Flughafen, Zuordnung*

**Bundesfinanzhof Az: VI R 40/16**

Ist der Stationierungs- oder Heimatflughafen, der einem Flugzeugführer von seinem Arbeitgeber im Arbeitsvertrag oder durch eine die arbeitsvertragliche Regelung ausfüllende Weisung unbefristet zugewiesen wird und an dem er seine Einsätze regelmäßig beginnt und beendet (einschließlich vor- und nachbereitender Tätigkeiten), seine erste Tätigkeitsstätte i. S. des § 9 Abs. 4 EStG?

■ **GewStG § 10a:**

*Gewerbeverlust, Unternehmensidentität, Verpachtung, Betriebsunterbrechung*

**Bundesfinanzhof Az: IV R 59/16**

Führt der Übergang von einem Produktionsbetrieb zu einer Grundstücksverpachtung dann nicht zum Untergang vortragsfähiger Gewerbeverluste, wenn nicht auszuschließen ist, dass der Produktionsbetrieb nach Beendigung der Verpachtung wieder aufgenom-men wird und demzufolge die Unternehmensidentität nicht endgültig weggefallen, son-dern nur unterbrochen ist?

■ **GrEStG § 5 Abs 1:**

*Grunderwerbsteuer, Steuerbefreiung, Fünfjahreszeitraum, Anzeige, Gesamthand, Festsetzungsfrist*

**Bundesfinanzhof Az: II R 39/16**

Grundstückseinbringung in eine Gesamthand - Änderung der Beteiligungsverhältnisse während des schädlichen 5-Jahreszeitraums - unterbliebene Anzeige - Festsetzungsverjährung: Wie wirkt sich eine mögliche Anzeigepflichtverletzung nach § 19 Abs. 2 Nr. 4 GrEStG auf die Festsetzungsfrist aus?

■ **InvStG § 6:**

*Intransparenter Fonds, Nachweis, Pauschale, Schätzung*

**Bundesfinanzhof Az: VIII R 31/16**

Individuelle Nachweisführung bei der Besteuerung intransparenter Auslandsfonds: Führt das Fehlen der im BMF-Schreiben vom 23. Mai 2016 (BStBl I 2016, 504, unter 2.a.) als Mindestanforderungen aufgeführten Angaben zur Anwendung der pauschalen Besteuerung nach § 6 InvStG, ohne die Möglichkeit einer Schätzung?

■ **KraftStG § 7 Nr 1:**

*Kraftfahrzeugsteuer, Grundlagenbescheid, Zulassung, Saisonkennzeichen, Bindungswirkung*

**Bundesfinanzhof Az: II R 35/16**

Zulassungsbescheinigung Teil I und II als Grundlagenbescheid: 1. Handelt es sich bei der Zulassungsbescheinigung um einen Grundlagenbescheid i.S.d. § 171 Abs. 10 AO, der für die Finanzbehörde verbindlich feststellt, auf wen ein Fahrzeug zugelassen wurde, und dass es überhaupt zugelassen worden ist?

2. Lösen Registrierzulassungen ohne Außenwirkung Kraftfahrzeugsteuer aus?

3. Findet die Mindeststeuer nach § 5 Abs. 1 Nr. 1 des KraftStG auch für Saisonkennzeichen Anwendung?

■ **KStG § 32a Abs 1 S 1:**

*Änderung, Ablaufhemmung, Festsetzungsfrist, Heilung*

**Bundesfinanzhof Az: VIII R 30/16**

Kann eine Änderung des Einkommensteuerbescheids nach § 32a Abs. 1 Sätze 1 und 2 KStG nach Ablauf der Festsetzungsfrist zur Berücksichtigung einer vGA auch dann erfolgen, wenn der entsprechende Körperschaftsteuerbescheid noch nicht ergangen ist, weil der Mangel des fehlenden Körperschaftsteuerbescheids nachträglich mit dessen Erlass geheilt wird?

■ **KStG § 5 Abs 1 Nr 9:**

*Körperschaftsteuer, Stiftung, Gemeinnützigkeit, Gemeinnützige Zwecke, Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb, Gewinn, Steuerbarkeit*

**Bundesfinanzhof Az: V R 63/16**



Sind die Gewinne einer gemeinnützigen Stiftung aus dem Verkauf von Ökopunkten, Rindern und Heu dem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb zuzuordnen und damit steuerpflichtig oder ist der ideelle Bereich der Stiftung betroffen?

■ **UmwStG § 20:**

*Veräußerungsgewinn, Einbringung, Kommanditanteil, Rückbeziehung*

[Bundesfinanzhof Az: I R 1/17](#)

Entstehungszeitpunkt eines Veräußerungsgewinns aus der Einbringung eines Kommanditanteils (§ 20 UmwStG): Ist eine nachträgliche Änderung des Rückbeziehungswahlrechts möglich?

■ **UStG § 15 Abs 1 Nr 1:**

*Vorsteuerabzug, Betrieb gewerblicher Art, Unternehmen, Unternehmer*

[Bundesfinanzhof Az: V R 62/16](#)

Kann die Gemeinde die Vorsteuern zur Errichtung eines Marktplatzes abziehen, da der Platz seitens der Gemeinde als Bestandteil eines Betriebs gewerblicher Art angesehen wird?

■ **UStG § 18 Abs 9:**

*Vorsteuervergütung, Elektronische Übermittlung, Originalrechnung*

[Bundesfinanzhof Az: V R 54/16](#)

Sind im Vorsteuervergütungsverfahren nach § 18 Abs. 9 UStG i.V.m. § 61 Abs. 2 S. 3 UStDV in der für das Streitjahr 2010 geltenden Fassung die Originalrechnungen in elektronischer Form einzureichen?

■ **UStG § 19 Abs 1:**

*Steuerpflicht, Kleinunternehmer, Internet, Verkauf*

[Bundesfinanzhof Az: V R 1/17](#)

Ist der Kläger bei Verkäufen über eBay umsatzsteuerpflichtig tätig geworden oder ist die Kleinunternehmerregelung nach § 19 Abs. 1 UStG anzuwenden?

■ **UStG § 2 Abs 2:**

*Organschaft, Landwirtschaft, Zurechnung*

[Bundesfinanzhof Az: V R 64/16](#)

Bewirkt die Rechtsfigur der umsatzsteuerrechtlichen Organschaft durch Annahme eines einheitlichen Betriebs eine Zurechnung der landwirtschaftlichen Urproduktion des Or-

ganträgers auf die Organgesellschaft?

■ **UStG § 24:**

*Durchschnittsbesteuerung, Regelbesteuerung, Landwirtschaft*

[Bundesfinanzhof Az: V R 55/16](#)

Unterliegt der sog. "Verkauf von Ackerstatusrechten für landwirtschaftliche Nutzflächen" -d.h. die entgeltliche Übernahme (und Einhaltung) der Verpflichtung zur Anlage und zum Erhalt von Dauergrünland durch einen Landwirt zugunsten eines anderen Landwirts, um diesem eine Genehmigung gemäß § 2 der Dauergrünland-Erhaltungsverordnung für Schleswig-Holstein (DGrünErhV SH) zum Umbruch von Dauergrünland zu ermöglichen- der Durchschnittssatzbesteuerung nach § 24 UStG oder der Regelbesteuerung?

■ **UStG § 4 Nr 12 Buchst a:**

*Steuerbefreiung, Beerdigung*

[Bundesfinanzhof Az: V R 3/17](#)

Fällt die Vergabe von Liegerechten in einem Urnenbegräbniswald unter die Steuerbefreiungsvorschrift des § 4 Nr. 12 Buchst. a UStG?

■ **UStG 2005 § 12 Abs 2 Nr 1:**

*Speiselieferungen, Ermäßigter Steuersatz, Verzehr an Ort und Stelle, Einrichtung*

[Bundesfinanzhof Az: V R 61/16](#)

1. Kann die Bereitstellung von Mobiliar bei der Abgabe von Speisen und Getränken in der Cafeteria eines Krankenhauses als Dienstleistungselement berücksichtigt werden, wenn es nicht ausschließlich dazu bestimmt ist, den Verzehr von Lebensmitteln zu erleichtern?
2. Ist von einer ausschließlichen Bestimmung der Möbel zur Verzehrerleichterung auszugehen, wenn aus Verbrauchersicht eine Benutzung des Mobiliars zu anderen Zwecken als zum Verzehr der angebotenen Speisen nur außerhalb der Öffnungszeiten des Betriebes geduldet wird?
3. Sind bei Bestimmung der Dienstleistungselemente dem Unternehmer solche Verzehrsvorrichtungen eines Dritten wie eigene zuzurechnen, die aus objektiver Verbrauchersicht den Eindruck erwecken, ihm zu gehören?